

Ulrich Herbert

schrieb das Standardwerk „Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland“. 2014 erschien seine viel beachtete „Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert“.

A photograph of Ulrich Herbert, a man with glasses wearing a dark blazer over a light sweater and light-colored trousers. He is standing in a room with a large, ornate, arched window behind him, gesturing with his hands as if speaking. The floor is made of dark, hexagonal tiles. A bright circular light source on the floor creates a reflection of his legs and feet.

„Wir sollten nicht naiv sein“

Einwanderung

■ Historische Zeiten – Zeit für einen Historiker. Der Freiburger Forscher Ulrich Herbert meint: Wir müssen in der Flüchtlingskrise optimistisch bleiben und realistischer werden.

Herr Herbert, die Regierung hält die Aufnahme von Flüchtlingen für eine so große Herausforderung wie die deutsche Einheit. Teilen Sie diese Einschätzung?

Ja und nein. Nein, weil sich die Kosten der Einheit insgesamt wohl auf etwa zwei Billionen Euro belaufen. Im Vergleich dazu sind die Aufwendungen für die Flüchtlingsaufnahme ungleich niedriger. Ja, weil die langfristigen Wirkungen der Zuwanderung ähnlich tief greifend sind wie die des Mauerfalls. Die Einwanderung prägt unsere Gesellschaft ja bereits seit mehr als 50 Jahren – und wird uns auch in den nächsten Jahrzehnten noch beschäftigen.

Wie kommen Sie darauf?

Massenwanderungen sind eine Folge von Kriegen und Bürgerkriegen, vor allem aber von sozialer Ungleichheit. Die wird nicht verschwinden. Solange es sie gibt, wird es Massenmigration geben.

Angela Merkel begegnet dem mit Volten: Erst mauerte sie, dann sagte sie „Asyl kennt keine Obergrenze“ und trat die Flucht nach vorn an. Zuletzt lässt sie Grenzen sichern. Ist das Politik, Aktivismus, Hilflosigkeit?

In der Tat hat die Regierung die Flüchtlingsproblematik lange unterschätzt. Die Aufnahme der Flüchtlinge aus Ungarn vor einigen Wochen sehe ich aber als spontane Reaktion auf eine in der Tat unhaltbare humanitäre Situation. Allerdings – eine stringente Migrationspolitik gibt es weder in Deutschland noch in der EU. Hier werden weiterhin verschiedene Aspekte der Einwanderung durcheinandergebracht, vor allem wirtschaftliche und moralische Aspekte vermischt.

Sie dürfen gern Ordnung in die Debatte bringen.

Die Gewährung politischen Asyls ist im Grundgesetz festgelegt. Der Asyl-Artikel ist als Reaktion auf die NS-Politik entstanden. Das sollte man nicht mit wirtschaftlichen Aspekten vermengen. Es ist problematisch, wenn jetzt mit dem Argument, Deutschland brauche doch Arbeitskräfte, für die Hereinnahme der Flüchtlinge argumentiert wird, vor allem vonseiten der Wirtschaft. Wir erleben ja gerade eine Neuaufgabe dessen, was seit den Sechzigerjahren bei uns Tradition hat: Die Wirtschaft fordert mehr Einwanderung, um in Zeiten des Booms Arbeitskräfte zu bekommen. In der nächsten Krise werden die so hergeholten Ausländer dann vorrangig arbeitslos und dem Sozialstaat überantwortet. Gewinne an Private, Verluste an den Staat:

Das geht nicht. Das Gleiche gilt für das demografische Argument. In der Tat benötigt Deutschland bei gleichbleibender niedriger Geburtenrate jährlich etwa 200 000 Zuwanderer – Netto-Zuwanderer, also Zuzug minus Wegzug. Aber politisches Asyl wird laut Grundgesetz bei politischer Verfolgung gewährt, unabhängig von Konjunktur und demografischen Berechnungen. Vermengt man beides, wird das Asylrecht zerstört.

Wie sieht Ihr Lösungsvorschlag aus?

Wir brauchen eine klar definierte und öffentlich diskutierte Einwanderungspolitik. Dazu gehört, dass wir festlegen, wie viele Einwanderer wir aus wirtschaftlichen und demografischen Gründen benötigen und welche Qualifikationen diese besitzen sollen. Soweit wir diese aus den Zuwanderern gewinnen können, die politisches Asyl erhalten haben, ist das leicht machbar. Wenn wir bestimmte Qualifikationen dadurch nicht erhalten, können wir sie anwerben, etwa mit einem Green-Card-System wie die USA. Eine moderne Einwanderungspolitik verfolgt auch nationale Interessen. Ich kann sie in Deutschland nicht erkennen.

Aber wie gehen wir nun mit den Flüchtlingen um, die gerade in Massen kommen und bleiben werden?

Zum einen prüfen die Behörden, ob die einwandernden Personen tatsächlich Bürgerkriegsflüchtlinge sind oder politisch verfolgt sind. Wer das Recht auf politisches Asyl erhalten will, muss zustimmen, dass die anderen zurückgeschickt werden. Ob und wie viele derer, die Asyl erhalten, auch länger hier bleiben, hängt auch von der politischen Entwicklung in den Herkunftsländern ab. In den Neunzigerjahren ist von den Bürgerkriegsflüchtlingen aus Jugoslawien, vor allem aus Bosnien, der überwiegende Teil nach Ende des Kriegs wieder zurückgegangen. In Syrien und dem Irak wird das vermutlich schwieriger. Und immer gilt: Bei Menschen mit längerer Aufenthaltsperspektive muss die Integration so rasch wie möglich greifen. Das ist, wie in allen Fällen von Massenmigration, schwierig, aber nicht unmöglich.

Gibt es dafür Beispiele?

Wenn wir an die drei Millionen Spätaussiedler aus Polen und Russland denken, die in den Achtziger- und späten Neunzigerjahren nach Deutschland gekommen sind, sehen wir: Die meisten sind rasch integriert worden, nicht geräuschlos, aber doch sehr still – obwohl es auch hier deutliche kulturelle Unterschiede gab und die meisten auch kein Deutsch sprachen. Aber sie wurden als Deutsche behandelt, hatten einen klaren Aufenthaltstitel, erhielten sofort intensiven Deutschunterricht und finanzielle Unterstützung. Hier hat die Integration gut und schnell funktioniert – auch zum Wohle des Einwanderungslands Deutschland. Davon kann man lernen.

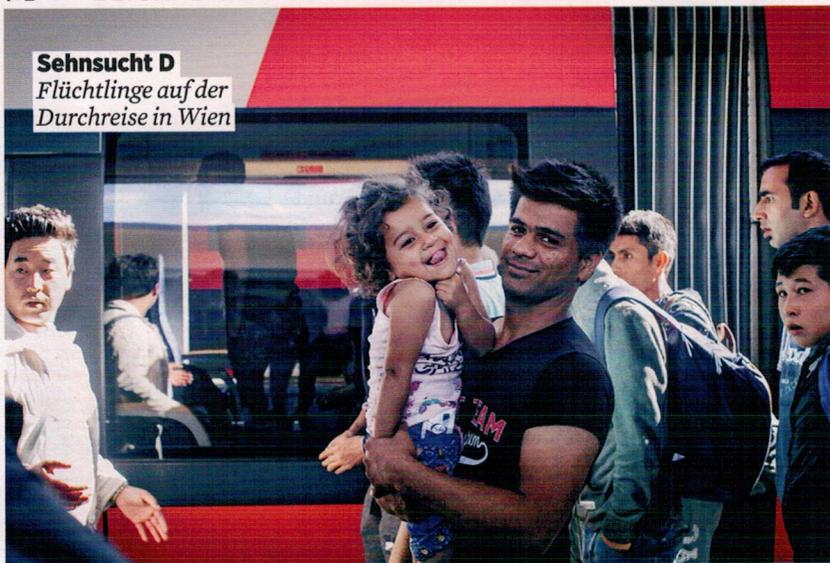
Sie finden eine Million Flüchtlinge allein im Jahr 2015 also überhaupt nicht beunruhigend?

Natürlich wird es Probleme geben, das ist unvermeidlich. Aber Deutschland hat nach 1945 zwölf Millionen

Neue Heimat

Am 22. Dezember 1955 veränderte das erste Anwerbeabkommen mit Italien die junge Bundesrepublik für immer. Schnell kamen ein paar Tausend Gastarbeiter, nach Verträgen mit Griechenland und Spanien (1960), der Türkei (1961), Portugal (1964) und Jugoslawien (1968) wurden daraus Millionen. Was kaum jemand ahnte: Aus Gästen wurden Deutsche. Zumeist hat das gut geklappt.



Sehnsucht D
Flüchtlinge auf der Durchreise in Wien


Vertriebene und Flüchtlinge aus den Ostgebieten integriert. Auch damals gab es große Konflikte, etwa in den bayrischen Kurorten, wo Flüchtlinge wegen des enormen Wohnungsmangels in Hotels untergebracht wurden. Das wird heute gern vergessen. Obwohl es sich ja um Deutsche handelte, gab es heftige Ablehnung und Proteste gegen sie, vor allem in ländlichen, kulturell und religiös homogenen Gemeinden. Aber im Großen und Ganzen muss man sagen: Die Integration der Vertriebenen war ein Erfolg – obwohl es damals fast nichts zu verteilen gab.

Gilt dieses Urteil auch für die Ära der Gastarbeiter?

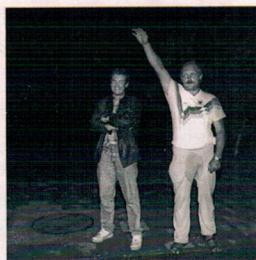
Insgesamt ja, vor allem wenn man das mit anderen Ländern vergleicht; denken Sie etwa an die Banlieues in den französischen Großstädten. Das ist ungleich beunruhigender als in Deutschland, ebenso wie der Aufstieg des rechtsnationalistischen Front National als Reaktion darauf. In Deutschland ist der weit überwiegende Teil der einstigen Gastarbeiter und ihrer Nachkommen heute sehr gut integriert, und wir sind sehr froh, dass sie hier leben. Für einen kleineren Teil gilt das nicht, und man darf die Probleme nicht kleinreden: Bei den Ausländern in Deutschland ist die Arbeitslosigkeit höher, auch die Kriminalitätsrate, es gibt Problemviertel, etwa in Berlin, oder Phänomene wie Zwangsheiraten oder Islamismus. Dass offenbar fast 1000 „IS“-Kämpfer aus Deutschland stammen, ist ein fatales Zeichen. Aber Massenmigration bringt immer Probleme mit sich, sie sind nicht zu vermeiden, aber abzumildern, zu verkleinern. Daran müssen wir arbeiten, und hier haben wir in der Vergangenheit insgesamt eher gute als schlechte Erfahrungen gemacht.

Der kulturelle Abstand zwischen den Deutschen und seinen Zuwanderern spielt keine Rolle?

Natürlich tut er das. Die Integration der Weltkriegsflüchtlinge und der Aussiedler gelang besser, weil sie Deutsche waren, kulturell weniger Abstand zu den Einheimischen mitbrachten und zudem über ein sicheres Bleiberecht verfügten. Kulturell fremdere Minderheiten sind schwieriger zu integrieren. Erfolg und Misserfolg von Integration hängen aber nicht nur

Hass und Mord

Als 1992 Hunderttausende Balkanflüchtlinge nach Deutschland strömten, erwartete sie mancherorts blanker Hass, der sich in Ausschreitungen wie in Rostock-Lichtenhagen entlud. Bei Anschlägen in Mölln und Solingen kamen insgesamt acht Asylbewerber ums Leben.



von den Einwanderern ab, sondern wesentlich vom Willen und Unwillen der Einwanderungsgesellschaft, von der Rechtslage und von der wirtschaftlichen Lage.

Zurück ins Heute. Warum sind die Konzepte der grenznahen Unterbringung von Flüchtlingen gescheitert?

Sie sind ja nicht gescheitert, Millionen von Flüchtlingen haben dort Aufnahme gefunden. Aber die Zahl der Flüchtlinge ist viel zu groß, als dass Länder wie Jordanien, der Libanon oder auch die Türkei, die mit Abstand die meisten Flüchtlinge aufgenommen haben, das alleine stemmen könnten. Wir müssen schon sehen, dass wir es mit Größenordnungen zu tun haben, die weit über denjenigen früherer Fluchtbewegungen liegen. Gescheitert ist damit aber auch die europäische Idee, Flüchtlinge an den Außengrenzen der EU abzufangen. Italien oder Griechenland, auch Ungarn, sind damit völlig überfordert. Und die Verteilung auf die europäischen Länder klappt nicht, weil sich ein Großteil der EU-Mitglieder dagegen wehrt.

Was also tun? Oft heißt es: Wir müssen vor allem ...

... die Verhältnisse in den Herkunftsländern verbessern, ich weiß. Solche Sätze sind doch eher Verdrängungsargumente. Solange die Wohlstandsgefälle in der Welt so massiv sind, wie sie sind, wird es Massenmigration geben. Solange es Bürgerkriege von den Ausmaßen gibt wie derzeit in Syrien und dem Irak, wird es Flüchtlinge in großen Zahlen geben. Solche Wanderungsbewegungen sind schwer oder gar nicht steuerbar, außer mit massiver staatlicher Gewalt. Und genau das geschieht ja derzeit, wenn europäische Länder ihre Grenzen mit Zäunen und NATO-Draht sichern und Flüchtlinge ins Gefängnis stecken. Auch das gibt es nicht zum ersten Mal. Bei der Flüchtlingskonferenz von Evian 1938 ging es ebenfalls um die Verteilung der Flüchtlinge, die vor Mord und Terror flohen: der Juden aus Deutschland. Und fast kein Land hat sich bereit erklärt, sie aufzunehmen, mit den bekannten, furchtbaren Folgen.

Ziehen wir ein Fazit. Was rät der Historiker in diesen historischen Zeiten? Was kommt auf uns zu?

Wir haben nun seit sechs Jahrzehnten Erfahrungen mit der Einwanderung von Ausländern. 20 Prozent der hier lebenden Menschen haben einen „Migrationshintergrund“. Unsere Erfahrungen sind überwiegend positiv. Das ist ein ganz anderes, viel offeneres Land als das von, sagen wir, 1960. Auf der anderen Seite: Wir sollten nicht naiv sein. Migration ist ohne Konflikte nicht denkbar. Nur weil wir freundlicher zu Ausländern sind, sind noch lange nicht alle Probleme oder Ängste beseitigt. Die Auswirkungen der Massenmigration treffen ja nicht in erster Linie die bürgerlichen Stadtteile mit hohen Anteilen von Akademikern und Grünwählern, sondern die sozial Schwachen und die Verunsicherten. Hier geht es um Konkurrenz – um billigen Wohnraum und finanzielle Zuwendungen des Staates. Das kann man nicht durch nette Gesten ausgleichen – so gut gemeint die auch sind. ■

max.haerder@wiwo.de, dieter.schnaas@wiwo.de